

Leserbrief zum Bericht im Penzberger Merkur vom 26. Oktober 2012

„BfP setzen auf Nein“

Anscheinend haben die Stadtratsmitglieder den Antrag der BfP nicht richtig gelesen oder nicht verstanden. Der Antrag der BfP hat das Ziel die Haushaltsberatungen jetzt vorzuziehen, um eine seriöse Finanzplanung zur Abwicklung der anstehenden Projekte erstellen zu können. Wer behauptet, wir wollten beschlossene Projekte verzögern, der erzählt Unfug.

Wir wollten mit unseren Anträgen bewirken, dass die aktuellen hohen Steuermehreinnahmen genutzt werden um vorrangig Schulden zu tilgen. Das würde Spielraum für die Zukunft schaffen.

Die Verschiebung von Baumaßnahmen (Sanierung des Wellenbades, energetische Sanierung der Gebäude etc.), damit die Zahlungspflicht erst die nächste Generation trifft, schafft doch keine Verbesserung der Haushaltssituation. Für die derzeit hohen Steuereinnahmen werden in zwei Jahren hohe Kreisumlagen fällig, obwohl sich dann, nach Meinung der Wirtschaftsfachverbände die konjunkturelle Lage wesentlich abflachen wird. Jetzt werden Planungsaufträge für Maßnahmen vergeben, ohne zu wissen ob oder wann wir diese je realisieren können. Das hatten wir doch erst vor kurzem, siehe Musikschule oder Stadthalle!

Was wäre dabei gewesen, wenn der Bürgermeister einen Finanzplan vorlegt wie ihn die BfP beantragt hat, aus dem die Einnahmen und Ausgaben für die nächsten 5 Jahre erkennbar sind. So, wie es das Haushaltsrecht vorschreibt. Von den Bürgern verlangt man ja auch, dass sie sich an Vorschriften halten.

„Die Stadt hat ihre Haushaltswirtschaft so zu planen und zu führen, dass die stetige Erfüllung ihrer Aufgaben gesichert ist. Die dauernde Leistungsfähigkeit der Gemeinde ist sicherzustellen, eine Überschuldung ist zu vermeiden (Art. 61 GO).“

Wolfgang Sacher
Bürger für Penzberg